

Baden-Baden, den 14. Juli 1861.

**Unterredung mit dem Präsidenten des Ministeriums des großh. badischen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Franz von Roggenbach, betreffend die deutsche Frage. \*)**

Bismarck las Roggenbach die Denkschrift vor, welche er für den König über die Zukunft Deutschlands ausgearbeitet hatte.

Bismarck: „Ich freue mich, daß ich in manchen Punkten mit Ihrer Auffassung übereinstimme. Ich will, daß Preußen zunächst mit einzelnen Staaten Verträge schließe, durch die neben dem bestehenden völkerrechtlichen Bunde Surrogate für die fehlenden bundesstaatlichen Institutionen geschaffen werden, vor allem ein Zollparlament. Für die weitere Entwicklung des Bundesstaates nehme ich eine aus den beteiligten Regierungen selbst delegierte Zentralbehörde und als Gegengewicht gegen die Sonderbestrebungen der Einzelstaaten eine nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Zentralbehörde in Aussicht; die Zuständigkeit dieser Volksvertretung sollte aber auf die Bestimmungen über die Wehrkraft des Bundesstaates, die Zoll- und Handelsgesetzgebung und die verwandten materiellen Interessen beschränkt sein. Die Regierungsgewalt im Innern soll den Einzelstaaten nicht verkümmert werden. Großes Gewicht lege ich auf den Gedanken, daß dem Parlamente ein unverantwortliches Kollegium von Regierungsbevollmächtigten als etwas „Unfaßbares“ gegenüberstehe; es solle geheim gehalten bleiben, wer in dem Kollegium etwas vereitelt, damit man niemanden zur Rechenschaft ziehen kann.“

---

\*) Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach, von Karl Samwer, Wiesbaden. Verlag von F. J. Bergmann 1909, S. 50.